

Jamaika-Koalition: Neue Perspektiven für die Aktienkultur

24.10.2017

von



Bortenlänger, Christine

Kurzgefasst

Die in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auf Bundesebene erstmals mögliche Jamaika-Koalition aus Unionsparteien, FDP und Grünen bietet für die Aktien- und Kapitalmarktkultur durchaus gute Perspektiven. Sie birgt die Chance, dass der Kapitalmarkt seine Leistungsfähigkeit zur Lösung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen unter Beweis stellen kann.

Schlagworte

Riester-Rente
Altersvorsorge
Gesellschaft
ökonomische Bildung
Finanztransaktionssteuer



© iStock Mikhail Mishch

„Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne ...“ An die Worte aus der Feder Hermann Hesses kann man auch denken, wenn

Blog

es um so prosaische Dinge wie die Koalitionsverhandlungen zwischen den Unionsparteien, den Freien Demokraten und Bündnis 90/Die Grünen geht. Denn diese in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auf Bundesebene erstmals mögliche Konstellation kann für die Aktien- und Kapitalmarktkultur durchaus etwas Zauberhaftes bewegen. Sie birgt die Chance, dass der Kapitalmarkt seine Leistungsfähigkeit zur Lösung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen beweisen kann.

Zu erwarten ist zunächst eine grundsätzlich positivere Einstellung gegenüber dem Kapitalmarkt. Dieser Kapitalmarkt ist kein Selbstzweck und keine Veranstaltung nur im Interesse der unmittelbar beteiligten Akteure, sondern erfüllt wichtige gesamtwirtschaftliche Funktionen. Dies sind erstens die Sammlung und Lenkung der Ersparnisse von den privaten Haushalten zu Unternehmen mit Kapitalbedarf und anderen Kapital suchenden Institutionen. Zweitens bietet der Kapitalmarkt Produkte, um realwirtschaftliche Risiken effizient zu managen und so viele unternehmerische Aktivitäten überhaupt erst zu ermöglichen. Wird dieses Potenzial erkannt (und anerkannt) und werden infolgedessen die Rahmenbedingungen in wesentlichen Politikbereichen angemessen gestaltet, erübrigt sich eine gesonderte „Aktienförderung“.

Alterssicherung durch kapitalgedecktes System ergänzen

Das gesellschaftlich wichtigste, aber wohl auch politisch schwierigste Handlungsfeld ist die Altersvorsorge. Wir wissen definitiv, dass die auf dem Umlageverfahren basierende gesetzliche Rente in den kommenden Jahrzehnten an Leistungsfähigkeit verlieren wird. „Doppelte Haltelinien“ sind angesichts der absehbaren demographischen Entwicklung nicht mehr als wohlfeile Lippenbekenntnisse. Alle Rettungsversuche für eine allein auf dem Umlageverfahren basierende Altersvorsorge – Ausweitung der Versicherungspflicht auf immer neue Bevölkerungskreise, Erhöhung der steuerfinanzierten Bundeszuschüsse, notdürftig verkappte Rentenkürzungen durch Anhebung des nominellen Renteneintrittsalters – werden langfristig keine auskömmlichen Altersbezüge bei akzeptablen Beitragssätzen ermöglichen. Eine Ergänzung durch ein kapitalgedecktes System ist die einzige wirksame Alternative.

Blog



Die Erfahrungen mit dem gut gemeinten Riester-System zeigen deutlich, wie man es nicht machen sollte: Zu komplizierte Förderregeln schrecken viele potentielle Teilnehmer ab und verursachen hohe Gebühren, die wiederum die Rendite mindern. Zwingend vorgeschriebene Garantien entmündigen den sparwilligen Bürger. Die grundsätzliche Freiwilligkeit der Teilnahme erschwert, dass breite Schichten zusätzlich für ihr Alter vorsorgen. Deshalb ist ein neuer Ansatz erforderlich: Zunächst einmal sollte jeder an dem Altersvorsorgesystem teilnehmen, der nicht ausdrücklich widerspricht (opt-out-Modell). Zudem muss ein hoher Anteil der Anlagebeträge in Aktien investiert werden. Empirische Untersuchungen ergeben immer wieder, dass in den für die Altersvorsorge typischen langen Fristen das Aktienrisiko minimal ist und die hohe Durchschnittsrendite der Aktie voll zur Wirkung gelangt. Auf 20-Jahressicht einhält das risikominimale (!) Portfolio sogar einen Aktienanteil von 50 bis 75 Prozent. Und schließlich muss das gesamte System administrativ so einfach wie möglich gehalten werden, um Kosten und Komplexität zu vermeiden.

Ein solches Programm umzusetzen, wäre allein schon eine sozialpolitische Großtat. Die Kapitalmarktkultur würde automatisch folgen und bedürfte keiner gesonderten Förderung mehr. Die Politik kann und sollte aber trotzdem weitere Instrumente nutzen, die ihr zur Verfügung stehen. Dazu zählen die stärkere Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung und eine verbesserte ökonomische Bildung.

Blog

Neue Parteienkonstellation bietet Chancen, den Kapitalmarkt stärker zu öffnen

Jetzt würde es auch helfen, bestimmte Fehler nicht zu begehen und falsche Entscheidungen zu revidieren. So sollte die verfehlte Idee einer Finanztransaktionssteuer endgültig zu den Akten gelegt werden. Die steuerliche Diskriminierung der Eigenkapitalfinanzierung gegenüber Fremdkapital ist zu beenden. Und wenn die Abgeltungsteuer tatsächlich abgeschafft wird, ist auf eine diskriminierungsfreie Gestaltung des neuen Systems zu achten. Schließlich kann eine Entschlackung der Regulierung der Anlageberatung dazu beitragen, dass auch Banken und Sparkassen „in der Fläche“ wieder zu Aktien und anderen Wertpapieren beraten, ohne dass der Anlegerschutz Schaden nimmt.

Die neue Parteienkonstellation in Berlin bietet durchaus Chancen, eine stärkere Nutzung des Kapitalmarktes im Interesse breiter Bevölkerungskreise zu erreichen. Diese Chancen gilt es zu nutzen – je schneller und entschlossener, desto besser. Dann kann dem Anfang wirklich ein Zauber innewohnen.